Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Rede
Kiel, 30.06.2011

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Energiepaket der Bundesregierung

Wir haben uns ja schon in der letzten Landtagssitzung intensiv mit der Energiewende und mit deren Auswirkungen beschäftigt. Die Auswirkungen sind so umfassend, dass es kein Wunder ist, dass wir uns heute und wohl auch in den kommenden Sitzungen des Landtags immer wieder hiermit beschäftigen werden. Ich möchte deshalb noch einmal in Erinnerung rufen, was für uns als SSW von entscheidender Bedeutung bei der Umsetzung der Energiewende ist.

Wir wollen die Netzinfrastruktur ausbauen, damit die Energiewende gelingen kann und wir von ihr auch wirtschaftlich profitieren können. Dafür brauchen wir ein transparentes Bürgerbeteiligungsverfahren. So weit sind wir uns wohl alle einig. Auch wir wollen, dass das Verfahren so transparent und offen wie möglich ist. Dabei ist alles vorstellbar: regionale Versammlungen, Beteiligung über das Internet oder auch Diskussionen und Foren, die im Fernsehen übertragen werden. Wir sind für alles offen, zumal man damit rechnen muss, dass formelle Rechtswege möglicherweise gestrafft werden. Wir wollen, dass die Bevölkerung frühzeitig und umfassend an der konkreten Ausgestaltung des Netzausbaus beteiligt wird. Aber genau hier liegt auch möglicherweise der Dissens.

Uns geht es nicht darum, in einem so genannten Dialogforum vorzugeben, was zu sein hat und dann mit dem Bürger über Unabänderliches noch einmal zu debattieren. Dass schafft nur Frust und Wut. Wir wollen ein ehrliches Verfahren, bei dem es auch möglich sein muss, dass man zu völlig anderen Schlussfolgerungen kommt als bisher vielleicht angedacht. Zumindest die Möglichkeit und Offenheit hierfür muss bestehen. Ansonsten sieht sich der Bürger nur noch ohnmächtig mit einer Planung von oben herab konfrontiert,

die man allenfalls nur in Marginalien noch beeinflussen kann. Das kann nicht Sinn und Zweck von Bürgerbeteiligungen sein.

Im Übrigen wäre eine Ombudsstelle für konfliktäre Verfahren sicherlich keine nachhaltige Lösung. Das Ganze hört sich auf dem ersten Blick erst einmal toll an, bedeutet aber nichts anderes als, dass auch hier die Verfahren zwar gestrafft werden, aber der Bürger dann keine adäquate Möglichkeit erhält, im Vorwege Einfluss auf Planungen auszuüben. Man muss nach unserer Auffassung weg vom Ansatz, dass Planungen gemacht werden und der Bürger sich dann irgendwie dagegen wehren kann. Vielmehr müssen auch wir als Politik lernen, dass der Bürger frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden werden muss.

Wenn wir also das Verfahren straffen, dann muss dem eigentlichen Planungsverfahren eine Phase vorgeschaltet werden, bei der der Bürger eine echte Einflussmöglichkeit hat. Geschieht dies nicht, ist Ärger und Verzögerung von Verfahren vorprogrammiert und dann ist niemandem geholfen. Für uns bedeutet die Diskussion über die zukünftigen Stromnetze in Schleswig-Holstein nicht nur, dass wir die Chance haben, unser Land neu aufzustellen, sondern wir sehen gerade auch die Möglichkeit, hier neue Formen der Bürgerbeteiligung auf den Weg zu bringen.

Dass die Energiewende nur dezentral und unter Nutzung der erneuerbaren Energien machbar ist, dürfte auch dem Letzten klar geworden sein. Dass dieses auch bezahlbar sein wird, da bin ich mir sehr sicher. Würden mehr unabhängige Anbieter am Markt ihren Strom anbieten, würde dies auch eine positive Auswirkung auf die Verbraucherpreise haben. Die vier großen Oligopolisten teilen sich derzeit den Markt unter sich auf und bestimmen dort auch die Preisbildung. Das mag nicht auf direkten Absprachen beruhen, aber einen unausgesprochenen Konsens in dieser Frage hat es sicherlich gegeben. Denn sonst hätten die vielen abgeschriebenen Kraftwerke schon längst für fallende Preise gesorgt. Wenn aber jetzt aus der Atomwirtschaft ausgestiegen wird, werden auch mehr Anbieter im Bereich der anderen Energieformen an den Markt gehen und dann würde sich die Konkurrenz für die vier großen Energieriesen vervielfachen. Dadurch gäbe es mehr Wettbewerb und so wären mindestens stabile Preise – vielleicht sogar fallende Preise möglich.

Betrachtet man im Übrigen die soziale Komponente der Energiewende noch ein wenig mehr, so kann man sich schon vorstellen, dass Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung zu Mieterhöhungen führen können und auch der Einbau von Anlagen, die erneuerbaren Strom erzeugen, ist ja nicht zum Nulltarif zu haben. Hier wird also die jeweilige Miete möglicherweise auch steigen. Und damit die Miete nicht höher steigt als die Einsparungen, die sich aus der effizienteren Nutzung und Produktion von Energie ergeben, müssen hier neue Regelungen für die Berücksichtigung solcher Maßnahmen

bei Mieterhöhungen her. Es ist jedenfalls vernünftig, dies gleich mitzudenken. Eine Verlängerung der Berücksichtigungszeiträume, die für die Berechnung der Miete zugrunde gelegt werden, könnte hier zum Beispiel helfen. So könnte auch ein Mieter real sparen und gleichzeitig gäbe es dadurch eine wesentlich höhere Akzeptanz für Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen in Mietwohnungen.

Auch wir sind der Auffassung, dass bei der energetischen Sanierung von Gebäuden noch sehr viel getan werden kann. Allerdings glauben wir nicht, dass Fördermöglichkeiten hierfür erst geschaffen werden müssen, wie es die SPD in ihren Antrag im ersten Spiegelstrich fordert. Die Fördermöglichkeiten sind vielmehr schon längst da. Und wer es nicht glaubt, kann sich gerne bei der Investitionsbank informieren. Vielmehr ist es doch so, dass für manch eine Sanierung zwar eine Co-Finanzierung zu haben ist oder auch billige Kredite zur Verfügung stehen, aber man letztendlich immer auch darauf angewiesen ist, relativ viel Eigenkapital selbst mitzubringen oder eben auch fremd zu finanzieren. Somit stellt sich doch eher die Frage, ob man hier noch stärker fördern kann. Dazu gibt es zweierlei zu sagen: Als Anschubfinanzierung für die Entwicklung einer Branche macht das sicherlich Sinn. Als dauerhafte Subvention führt so etwas allerdings nur zu Mitnahmeeffekten in der Baubranche. Deshalb glaube ich, liegt der Ansatz hier etwas schief. Klug wäre es nach unserer Auffassung, die Entwicklung in einer Branche zu fördern und nicht den Absatz von wie auch immer gearteten Produkten.

Eine ähnliche Kritik richtet sich auch gegen die Forderung im gleichen Spiegelstrich, die gesetzlichen Grundlagen zu ändern und Förderprogramme aufzulegen, um Solarnutzung auf Dächern zu ermöglichen. All das gibt es schon lange. Die Frage ist doch, ist die Gesetzeslage, wie sie jetzt ist, ausreichend oder nicht. Viele Solarprojekte beweisen nicht nur dies, sondern sie zeigen auch, dass diese Projekte sehr wirtschaftlich sind. In unserem Land nutzt gerade die Gewoba-Nord, wie viele andere Wohnungsbaugenossenschaften auch, die Möglichkeiten, die es gibt, um ihre Gebäude umzurüsten. Somit gibt es kein Gesetzgebungsdefizit oder einen Mangel an Förderung. Es fehlt vielmehr am politischen Willen bei Teilen der kommunalen Ebene und bei der Landesregierung. Sonst hätten wir zum Beispiel schon viel mehr Solarkollektoren auf landeseigenen Gebäuden und dann wäre von den regierungstragenden Fraktionen auch ein entsprechender Antrag des SSW nicht abgelehnt worden.

Diese kurzen vertieften Ausführungen zu einigen der Themen, die heute beraten werden, soll zeigen, dass es durchaus noch viel Beratungsbedarf beim Thema Energiewende gibt. Und möglicherweise wird es auch in Zukunft zu einzelnen Themen unterschiedliche Auffassungen geben. Trotzdem ist es wichtig, dass wir schnell und effektiv handeln, damit wir Vorteile aus der neuen Entwicklung ziehen können. Wir können diejenigen sein, die

überdurchschnittlich von der Energiewende profitieren können. Auch dies will ich an einigen Zahlen aus meiner Heimat Nordfriesland deutlich machen. Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien liegt bei uns bei über zwei Millionen Megawattstunden. 1,8 Millionen aus Windenergie, 230.000 aus Biomasse und 100.000 Megawattstunden aus Solaranlagen. Das bedeutet, dass ein Landstrich mit etwas mehr als 165.000 Einwohnern Strom für 440.000 3-Personen-Haushalte oder umgerechnet für 1,32 Millionen Menschen produziert. Das ist eine gewaltige Zahl.

Und wenn man dann noch bedenkt, dass sich mehr als 75 % der Stromerzeugung bei uns in Nordfriesland in Bürgerhand befindet, dann kann man erst ermessen, welche Chancen jetzt in der Energiewende für unser gesamtes Land und für seine Bürgerinnen und Bürger stecken. Wenn wir den Weg der Energiewende weiter gehen, dann schaffen wir Arbeitsplätze in unserem Land und erhöhen nebenbei auch noch die Steuereinnahmen, die auch unserem gebeutelten Haushalt zugutekommen.
Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Aufforderung an die Landesregierung, sich auf allen Ebenen für eine Energiewende weg vom Atomstrom und Strom aus fossilen Energien einzusetzen und den Weg hin zur ausschließlichen Nutzung von erneuerbaren Energien zu gehen. Und das je schneller desto besser.